

Aufgabe des deutschen Volkes bezeichnet. Falls der Abschluß eines solchen Friedensvertrages am Widerstand der Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands scheitern sollte, werde die Deutsche Demokratische Republik mit allen Staaten der Anti-Hitler-Koalition den Friedensvertrag schließen, die auf der Friedenskonferenz dazu bereit seien. Die Anstrengungen der Sowjetregierung für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1961 und die Regelung des Westberlinproblems auf dieser Grundlage werden begrüßt. Gleichzeitig wird das deutsche Volk aufgerufen, in seiner ureigensten deutschen Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selber zu handeln.

Im Deutschen Friedensplan ist vorgesehen, daß aus Vertretern der Parlamente und Regierungen der beiden deutschen Staaten eine Deutsche Friedenskommission gebildet wird, die über ein Abkommen des guten Willens und über deutsche Vorschläge für einen deutschen Friedensvertrag verhandeln soll. Für beide Punkte werden ins einzelne gehende Vorschläge gemacht.

Mit dem Vorschlag eines Abkommens des guten Willens wird der Gedanke der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten weiter ausgebaut. Schon das 11. Plenum des Zentralkomitees, auf dem die Ergebnisse der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ausgewertet wurden, hat erklärt: „Die Politik der friedlichen Koexistenz muß in Deutschland ihre Anwendung finden durch Herbeiführung einer Entspannung und Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.“<sup>1</sup> Neben dem Plan einer deutschen Konföderation, der schon eine weitgehende Zusammenarbeit zum Inhalt hat, wird mit dem Abkommen des guten Willens ein minimaler Vorschlag gemacht, der leichter zu verwirklichen ist. Als Punkte eines solchen Abkommens werden unter anderem angeführt: Verzicht auf atomare Bewaffnung, Rüstungsstopp, Abkommen über Stärke der Streitkräfte, Einstellung der Kriegs- und Revanchepropaganda, Eintreten für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages, kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, Erweiterung des Handels sowie der kulturellen und sportlichen Beziehungen, Erleichterung des Reiseverkehrs.

Die konsequente Friedenspolitik, die die Deutsche Demokratische Republik unter Führung unserer Partei verfolgte, beantwortete der imperia-

<sup>1</sup> Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, November 1960 . . . , S. 111.